

Staat und Demokratie im Kapitalismus

1. Kennzeichen einer kapitalistischen Gesellschaft
2. Funktionen des kapitalistischen Staates
Bsp. Funktionen der Schule und der „heimliche Lehrplan“
3. Parlamentarische Demokratie im Kapitalismus
4. Räte-demokratie als Alternative?
5. Abschließende Thesen

1. Kennzeichen einer kapitalistischen Gesellschaft

Herausbildung:

ab dem 14./15. Jahrhundert, enorme Entwicklung der Produktivkräfte. Trennung der Bauern und Kleinhandwerker von ihren Produktionsmitteln, Arbeitskraft wird zur Ware. Ökonomie des ganzen Hauses löst sich auf

Charakter:

Produktion von Waren („ungeheure Warensammlung“), einzelne Produzenten produzieren für anonymen Markt. Produktion, Verteilung, Konsum fallen auseinander. Zusammenarbeit stellt sich erst durch Tausch von Waren her. Gesellschaftliche Verhältnisse erscheinen als sachliche. Tauschwert einer Ware: aufgewandte durchschnittliche Arbeitszeit.

Anhäufung von Geld als universeller und unbegrenzter Ware wird Hauptzweck der Produktion. Nicht mehr „verkaufen, um zu kaufen“, sondern „kaufen, um zu verkaufen“ (G-W-G')

Konkurrenz treibt die Verwertung voran, alle machen mit.

Mehrwertproduktion:

Woher kommt der Profit, der Mehrwert der Unternehmer?
Nur menschliche Arbeitskraft schafft mehr Wert als sie bekommt. Beschäftigter arbeitet acht Stunden, bekommt Wert von vier ausgezahlt. Über den Mehrwert verfügt der Unternehmer. Profitrate: $m:c+v$

Ziel: Waren billig verkaufen (Konkurrenz) Tendenz von absoluter Mehrwertproduktion (Verlängerung des Arbeitstages oder Intensivierung der Arbeit) zu relativer (Steigerung der Produktivität)

Krisenanfälligkeit:

Organische Zusammensetzung des Kapitals ändert sich:
konstantes nimmt im Verhältnis zum variablen zu
(Menschen werden durch Maschinen ersetzt)
Problem einer tendenziell fallenden Profitrate

Lösungswege:

- Erhöhung des relativen Mehrwerts: Digitalisierung, billige Rohstoffe aus dem Süden, just-in-time-Produktion
- Erhöhung des absoluten Mehrwerts: Lohnsenkung, Flexibilisierung der Arbeitskräfte z.B. durch Zeitarbeitsfirmen, Arbeitszeitverlängerung
- “Akkumulation durch Enteignung“: Kriege, Enteignung durch Privatisierung öffentlicher Güter (Wasser, Unis usw.)
- Gewinne auf den Finanzmärkten

2. Funktionen des kapitalistischen Staates

Trennung von „Ökonomie“ und „Politik“ und Begründung des Staates

Formale Gleichheit auf Waren- und Arbeitsmarkt (Ökonomie). Aber dahinter ein Herrschaftsverhältnis: Besitzer und Nichtbesitzer von Produktionsmitteln, Mehrwertproduktion. Kapital ein Gewaltverhältnis. Zusammenhalt, Stabilität prinzipiell gefährdet. Wird diese Interessengegensätze deutlich=Politik. Instanz erforderlich, die Gegengewalt abwehrt und dieses als Allgemeininteresse ausgibt. Alle Staatsbürger sind formal gleich, alle nehmen an „Volkssouveränität“ teil. Staat besitzt Gewaltmonopol und dient anscheinend der Allgemeinheit. Kapitalfraktionen nicht einig, starke Interessengegensätze (Konkurrenz) Gewaltmonopol kann nicht einem Unternehmen übertragen werden. Staat im Kapitalismus sichert das gemeinsame Interesse aller Kapitalfraktionen, ist „ideeler Gesamtkapitalist“ (Engels)

Funktionen des kapitalistischen Staates

Grundlegend:

Sicherung des Kapitalverhältnisses nach innen und außen, d. h.:

- Die Arbeitskraft darf nicht zerstört werden (durch schwere Gesundheitsgefährdungen oder Krieg)
- Die Kapitalisten dürfen nicht entmachteter werden (durch Krieg oder Revolution) und müssen handlungsfähig bleiben (ausreichend hohe Profitraten)

Staatliches Handeln muss die formale Gleichheit beachten. Vor direkter Gewalt Dialog mit Bürgern. Despot und Erzieher. Gesellschaftliche Probleme bearbeitet er als individuelle Reproduktionsprobleme, d. h. er muss dort eingreifen (Familie, Erziehung, Ausbildung)

1) Ökonomische Funktionen des Staates:

- Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen (Ressourcen, Absatzmöglichkeiten, Gesetze, Geld und Währungspolitik, Verkehr, Kommunikation, Energie, Forschung)
- Herstellung allgemeiner Reproduktionsbedingungen (Qualifikation der Arbeitskräfte, Gesundheitssystem, grundlegende soziale Sicherung)

2) Repressive Funktionen des Staates gegen die Verletzung der Regeln von innen und außen (Kriminalität und Krieg): Regierung und Parlament, Verwaltung, Gerichte, Polizei, Militär, Geheimdienste

3) Ideologische Funktionen des Staates: Der Staat muss als Verkörperung des Allgemeininteresses in das Bewusstsein der Menschen treten (John F. Kennedy), Arbeitskräfte müssen ideologisch qualifiziert werden
Beteiligt: Bildungswesen, wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen, Parteien, Verbände, Medien

Grenzen staatlicher Tätigkeit

Verhältnis staatlicher Tätigkeit und der Reproduktion der Verhältnisse ist eins von Versuch und Irrtum

Systemgrenze: Austausch von Waren muss gewährleistet werden, Trennung von Kapitalisten und Beschäftigten, Mehrwertproduktion

Tätigkeitsgrenze: hängt von historisch gewachsenen Bedingungen und Stand der Kräfteverhältnisse ab: Stärke von Gewerkschaften, Sozialstaat (Bsp. Hartz IV)

Beispiel: Funktionen der Schule im Kapitalismus und „heimlicher Lehrplan“

Drei Funktionen der Schule im Kapitalismus:

1. Qualifikationsfunktion (Techniken, Sekundärtugenden)
2. Selektionsfunktion (Zuteilung von Lebenschancen)
3. Legitimationsfunktion (Rechtfertigung sozialer Ungleichheit durch Chancengleichheit)

Der über die Beziehungsstruktur vermittelte „heimliche Lehrplan“ (Lernprozesse auf der Beziehungsebene):

1. Unterricht als erzwungene und hierarchische Kommunikation (Akzeptanz von Machtgefällen)
2. Unterricht als leistungs- und konkurrenzorientierte Kommunikation (Gewinner und Verlierer, Tauschwert des Wissens)
3. Unterricht als zweckorientierte Kommunikation (Gefühls- und Bedürfnisunterdrückung)
4. Unterricht als Anleitung zur systemimmanenten Kritik (mündige Konsumenten, Wahlbürger; variiert nach Schulform)

3. Parlamentarische Demokratie im Kapitalismus

Bürgertum kontra Oberschicht

Bürgertum gewinnt Einfluss im 18./19. Jh. Wirtschaftlich aufsteigend, politisch mit wenig Einfluss. Patt zwischen Monarchie und Adel und dem Bürgertum: Gewaltenteilung, Bürger bekommen Parlament, können Gesetze und Haushalt beschließen, alte Oberschicht behält Justiz und Verwaltung. Gewalten organisatorisch *und* sozial geteilt.

Bürgertum kontra Arbeiterschaft

Herausbildung großer Arbeiterschaft. Bündnis zwischen Bürgertum und Oberschicht, um Arbeiter fernzuhalten. Parlamentarische Kontrolle von Justiz, Verwaltung und Militär beschränkt.

Gewaltenteilung sichert Unabhängigkeit und Ausgleich? Heute Angehörige der selben Schichten dort. Demokratie auf Parlament beschränkt, lange kein allgemeines Wahlrecht, Parlamentarier nicht bezahlt (heute ähnlich WTO).

Repräsentative Demokratie heute

Personalauswahl alle 4 Jahre, keine Sachfragen. Burke:

Nur Elite kann Sachfragen entscheiden. Rousseau:

Volkswille nicht vertretbar!

Abgeordnete nur ihrem „Gewissen“ verantwortlich (bzw. den Lobbyisten). Sehr unterschiedliche Geld- und Medienmacht (Bsp. INSM)

Marx: „Die herrschenden Ideen sind die Ideen der Herrschenden“

Psychologie: Freude an Identifizierung mit Oberschicht und deren Auffassungen.

Wenn sozialistische Parteien die absolute Mehrheit im Parlament erobern: Justiz, Verwaltung, Militär in Hand der Eliten, Recht auf Privateigentum festgeschrieben.

Ist die Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse

gefährdet, andere Staatsformen (Faschismus) bzw.

Repression (Parteien- und Berufsverbote, Bundeswehr im Inneren)

Demokratie in Deutschland heute: Vielen fehlen die materiellen und Bildungsmittel, um mitentscheiden zu können; keine unmittelbare Beteiligung an

Entscheidungen; Demokratie nicht im Betrieb, Schule usw., sondern: Recht des Wählers, alle vier Jahre zu entscheiden, „wer ihn im Parlament ver- und zertreten soll.

4. Räte­demokratie als Alternative?

Historisches

In allen Revolutionen: Volk errichtet spontan räteähnliche Organisationsformen, dezentralisierte Selbstverwaltungsorgane mit geringer Größe: Alle können mitreden. Zuerst in bürgerlichen Revolutionen, dann in denen der Arbeiterschaft (Pariser Kommune). Verbindung mit sozialistischen Programmen.

Deutschland 1918: Proletariat der Großstädte, der Großindustrie und der großen Unternehmen. Merkmale ihrer Tätigkeit: in großen Unternehmen, entfremdete Arbeit, wenige, monotone Tätigkeiten, Unterdrückung in Betrieben (und in Schulen), Ausgrenzung in der Öffentlichkeit.

Erster Weltkrieg: Herrschaft wird repressiver, materielle Not wuchs an. Unzufriedenheit und Erbitterung, Autoritätsverlust der alten Eliten, Umsturz gegen bürgerliche Herrschaft mit massiven Streiks und Rebellionen, auch gegen SPD/USPD und Gewerkschaften.

Antimilitaristisch-demokratische Volksbewegung, Widerspruch zwischen der Form der Revolution (Räten) und dem Ziel (repräsentative Demokratie und Sozialreformen). Allmählich sozialistische Vorstellungen, keine breite Massenbasis. Weiterentwicklung der Revolution vom Bürgertum, SPD, Gewerkschaftsführern usw., abgeblockt. Rätebewegung scheitert.

Direkte Demokratie bei Marx und Engels

Marx: Demokratie als Identität von öffentlichem und privatem Leben, Mensch-Sein und Bürger-Sein ist dasselbe, im Kapitalismus unmöglich.

Lohnabhängig müssen sich zusammenschließen, die bürgerlichen politischen und ideologischen Organisationen (Staat, Medien) zerstören und eigene Formen entwickeln. Erst durch Aufhebung des Warencharakters der Gesellschaft und der Menschen ist Selbstverwirklichung möglich. Eroberung der politischen Macht erstes Ziel, Produktionsmittel vergesellschaften zweiter Schritt. Damit verschwindet Klassenherrschaft. Marx lobt Pariser Kommune.

Grundmuster deutscher Rätekonzeptionen

Entscheidend: Beteiligung der Urwähler, Repräsentation durch Delegation ersetzt.

Betriebe bilden die Basis, Wohnbezirke bei Arbeitslosen, Hausfrauen, Rentnern, kleine Handwerker in Berufsversammlungen

Unterste Ebene Betriebs- oder Berufsversammlungen, bestimmen in direkter Wahl Delegierte für Betriebs- und Berufsräte. Diese wählen Delegierte für überbetriebliche und kommunale Arbeiterräte, diese Delegierte für die nächsthöhere Verwaltungsebene usw. Besonderheit: Zentralrat von Urwählern oder Betriebsräten gewählt!

Merkmale:

- Bewerber werden nicht über Parteilisten, sondern direkt gewählt.
- Urwähler sollen über möglichst viele Sachgebiete selbst entscheiden
- die Gewählten sind den Wählern gegenüber zu ständiger Rechenschaft verpflichtet
- ihr Mandat ist imperativ
- sie können jederzeit von den Wählern abgesetzt werden
- Ämterrotation soll die Verselbständigung von Ämtern verringern
- Räte sollen beraten, entscheiden und ausführen.
Gewaltenteilung im bürgerlichen Sinne aufgehoben, funktioniert durch Kontrolle der verschiedenen Ebenen.
- Delegierte sollen ehrenamtlich tätig sein oder nicht mehr verdienen als die Wähler
- Beratung der Räte durch ausgesuchte Experten

Aufgabe der Räte

Verbindung von demokratischer Selbstbestimmung der Produzenten und Sozialisierung: Diese aber nicht als Verstaatlichung (ändert nichts an Lohnsystem, Entfremdung und bürokratischer Herrschaft) und auch nicht als Überführung von Einzelbetrieben in den Besitz der Belegschaften (Bedürfnisse der Gesamtheit nicht im Blick, Verteilung immer noch über Markt, nach wie vor Tauschwertorientierung), sondern als Verfügung der Gesamtgesellschaft

5. Abschließende Thesen

- 1. Hinter der formalen Gleichheit der Menschen in den „Demokratien“ verstecken sich strukturelle Machtverhältnisse. Echte Freiheit und Gleichheit sind im Kapitalismus nicht möglich.*
- 2. Der Staat im Kapitalismus ist immer ein Instrument der Herrschenden und kann nicht von den Lohnabhängigen „übernommen“ werden.*
- 3. Parteien als feste Bestandteile des formaldemokratischen Systems können zwar durch soziale Bewegungen unter Druck gesetzt werden und in einem begrenzten Umfang „lebensfreundliche“ Verbesserungen durchsetzen, werden aber die Systemgrenzen des Staates nicht überschreiten. Politisches Engagement in Parteien ist daher i.d.R. nicht sinnvoll.*
- 4. Parlamentarismus und Repräsentativsystem sind nicht die optimalen Formen von Demokratie, sondern „Schwundformen“.*
- 5. Die Verwirklichung direkter Formen von Demokratie durch Räteysteme ist heute unrealistisch, da die historische Situation aller Erfahrung nach nicht gegeben ist. Das spricht nicht dagegen, Forderungen nach direkter Demokratie zu erheben und in eigenen Arbeitszusammenhängen solche Formen anfanghaft zu verwirklichen.*
- 6. Um Demokratie und vernünftiges Wirtschaften im Dienste aller erreichen zu können, müssen zuerst die herrschenden Ideen angegriffen werden.*